Christian Staub

Kosovo

Books on Demand, Norderstedt 2008, 19,80 €

ISBN 978-3-8370-2622-1

Seit der Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovo Anfang 2008 ist es ruhig um die ehemalige jugoslawische Provinz geworden. Die Tatsache, dass mit der Erklärung der Unabhängigkeit durch die ehemals von den Vereinten Nationen verwaltete (und quasi regierte) Provinz kein tatsächlich neuer, völkerrechtlich anerkannter Staat entstanden ist, haben viele Politiker verdrängt und vielen Bürgern ist diese Tatsache überhaupt nicht bewusst. Tatsächlich haben mit Stand vom August 2009 insgesamt xx Staaten das Kosovo anerkannt. Nach völkerrechtlichen Grundsätzen genügt dies aber nicht, um eine tatsächliche Anerkennung als Staat zu bekommen. Hierfür ist entweder eine Anerkennung durch die Vereinten Nationen oder (nach herrschender Meinung) eine Anerkennung durch die ganz überwiegende Mehrheit der Staaten weltweit erforderlich. Ungeachtet dessen ist die Frage, wie sich dieses Land in den nächsten Jahren entwickeln wird, vom Bildschirm der meisten Bürger und auch der Politiker in Deutschland verschwunden. Offensichtlich kümmert man sich erst dann um eine Situation, wenn offensichtliche Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Die alltägliche Armut, die tatsächlich im Kosovo herrscht und die Tatsache, dass das Kosovo nach wie vor fest in den Händen der organisierten Kriminalität ist, scheint außer polizeilichen Ermittlern kaum jemanden zu interessieren. Neben Moldawien und Albanien gilt der Kosovo als das Armenhaus Europas. *»Nur drei Dinge wachsen hier«, meint der Oppositionelle Albin Kurti sarkastisch: »die Armut, die Arbeitslosigkeit und die Unzufriedenheit«* (Hofbauer 2007). Der Human Development Report der UNDP geht von einem Anteil von 37% der Bevölkerung des Kosovo aus, die in Armut leben (weniger als 1,42 Euro pro Tag zur Verfügung) und von einem Anteil von 14,6% der (albanischen) Bevölkerung, die als „extrem arm“. Jeder vierte Kosovare hat keinen Zugang zu Trinkwasser (UNDP 2006, S. 30). Dabei hat Kosovo die jüngste Bevölkerung Europas: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre (UNDP 2006, S. 13). Davon sind aber über 70% arbeitslos. Dass sich in fast allen Ländern, in denen die internationale Gemeinschaft nach Kriegs- oder Krisensituationen tätig wird, die wirtschaftliche Lage kaum verbessert, oftmals (wie in Kosovo und Bosnien) deutlich verschlechtert, wird man mit den Folgewirkungen des Krieges erklären können. Für die Bewohner des Kosovo geht es jedoch seit dem Ende der Tito-Ära nur abwärts. Und dies, obwohl die meist aus Westeuropa stammenden Verwalter über die UNMIK Milliarden von Euro in das Land gepumpt haben. Den Großteil verbrauchten die Internationalen selbst: für eigene Löhne und Ausgaben. Das erklärt zumindest zum Teil, wieso auch zehn Jahre nach der Machtübernahme durch die UNO die Elektrizitätsversorgung nach wie vor nicht klappt, der Industrieanteil

am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1989 und 2006 von 47 Prozent auf 17 Prozent gesunken ist und die einzigen florierenden Wirtschaftszweige graue und illegale Sektoren sind. Kosovo ist eine Mafiaökonomie[1].

Das Buch von Christian Staub, das leider im „Books on Demand Verlag“, erschienen ist, was bedeutet, dass die Bücher nur dann produziert werden, wenn sie tatsächlich jemand bestellt, zeichnet den Weg des Kosovo bis zum Jahre 1991 nach, wo das Kosovo erstmals seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit verkündet hat. Der Autor fasst sein Ergebnis wie folgt zusammen:

> *„Kosovo ist durch seine Verkündung der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit im Jahr 1991 wie andere ehemalige föderative Einheiten seit dem Zusammenbruch der jugoslawischen verfassungsmäßigen Ordnung als Staat konstituiert. Trotz dieses Faktums, dem Freiheit, Recht und Demokratie zugrunde liegen, ist die Anerkennung Republik Kosovo im Wege der Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch alle europäischen Regierungen bis heute ausgeblieben. Wie lange dauert es noch, bis dafür gesorgt wird, dass innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und zum Wohle derselben die Republik Kosovo endlich die ihr zustehende Stellung als Mitgliedstaat neben den anderen einnimmt?“* (Seite 225)

Zwar hebt der Autor zu Recht (auf Seite 16) hervor, dass das Völkerrecht einen Staat und seine Rechtsordnung eigentlich voraussetzt und die Bildung neuer, wie die Neubildung und Auflösung alter Staaten für das Völkerrecht eine Tatsache sei, die es hinnehmen muss, weil es sie nicht ändern kann. Staub betont, dass zu den wichtigsten internationalen Fragen Gebietsfragen gehören, weil ohne Territorium ein Staat nicht sein kann. In diesem Bereich könne, so Staub, dass Völkerrecht nicht besonders viel ausrichten. Es erkenne zwar an, was die Beteiligten zufällig vereinbaren und was sie zufällig inne haben, aber was sie haben oder sich zuwenden sollten, darüber schweigt es sich aus.

> *„Das Völkerrecht bestimmt zwar gewissenhaft, „was die Gebietshoheit sei, d.h. welche Befugnisse der Gebietsstaat gegenüber den anderen Staaten habe und wodurch sein Gebiet verletzt werde. Aber es bestimmt nicht, welches Gebiet jedem Staat von Rechts wegen zukomme“. Und wenn das Völkerrecht nicht entscheiden kann, welches Gebiet jedem Staat von Rechts wegen zukommen sollte, kann es auch nicht entscheiden, dass ein bestimmtes Gebiet einem Staat zustehen sollte. Völkerrecht, das Gebiet zuweist, gibt es keines.“* (Seite 16)

Für den Autor liegt bereits im Jahre 1991 eine rechtmäßige Souveränitätserklärung des Kosovo vor. In dem Bewusstsein, dass mit der endgültigen Auflösung der föderativen Republik Jugoslawien 1991 alle ihre acht normativen konstitutiven Glieder volle Handlungsfreiheit und

[1] Vgl. Thomas Feltes, Wessen Frieden wird gesichert? Kritische Anmerkungen zur UN-Mission im Kosovo. Erscheint 2009 in dem von R. Behr u.a. herausgegebenen Sammelband „Empirische Polizeiforschung XI“. Dort finden sich auch die Nachweise der hier zitierten Literatur.

Souveränität gewonnen haben und der Tatsache, dass fast 90 % der kosovarischen Bevölkerung durch Referendum die Unabhängigkeit gutgeheißen habe, hält der Autor das Kosovo seit diesem Zeitpunkt für einen souveränen und unabhängigen Staat.

Leider, so muss man sagen, vertritt der Autor in Bezug auf die Wirksamkeit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo eine absolute Mindermeinung, ohne dies entsprechend aufzubereiten. Daher ist dieses Buch insofern irreführend, als es für den völkerrechtlich nicht Bewanderten, die tatsächlichen Streitpunkte außen vor lässt.

Es kann insgesamt lediglich als Materialquelle für diejenigen dienen, die sich in dem konkreten Zeitrahmen zwischen 1974 und 1991 aus der Sicht eines überzeugten Kosovaren beschäftigen wollen.

Thomas Feltes, August 2009